

Nachrichten 10, September 2008

Radio Stimme des Widerstands



Im Namen aller Menschen, die für die Freiheit gestorben sind

Yaghub Mehrnahad wurde hingerichtet.

Yaghub Mehrnahad war Journalist und Bürgerrechtsaktivist, sowie Vorsitzender des Vereins "Javanan Sedaye Edalat" (Jugend, Stimme der Gerechtigkeit). Er wurde nach einer Konferenz mit dem Titel "Junge Menschen fragen, Staatsvertreter antworten" verhaftet und zum Tode verurteilt. Während seiner Gerichtsverhandlung waren weder er, noch sein Anwalt, noch Angehörige anwesend.

Sein Verein "Javanan Sedaye Edalat" gehört zu den aktivsten NGOs in der Provinz Sistan-va-Baluchestan und engagiert sich in verschiedenen Bereichen, wie etwa im Kampf gegen AIDS und Hepatitis oder für die Vorsorge von Frauen und Kindern gegen Krankheiten, gegen Analphabetismus, gegen Persepektivlosigkeit usw.

Yaghub Mehrnahad hat in seinen Artikeln immer wieder die Zustände seiner Provinz kritisiert und auf Korruption und Willkür hingewiesen. Keine einzige seiner Aktivitäten macht ihn kriminell. Es gibt keinerlei Dokumente und Beweise zu den Anschuldigungen gegen ihn. Woanders, in einer zivilisierten, rechtsbewußten Gesellschaft, hätte er mehrere Auszeichnungen für seinen Einsatz bekommen. Im Iran aber hat er nun mit seinem Leben bezahlt und nicht nur das, er wird auch noch als Terrorist entwürdigt.

Arbeiter demonstrieren in Ahwaz wegen Löhnen

Mehr als 300 Arbeiter der Walzen und Rohrwerk Corporation (ARPCO) demonstrierten in den Straßen der Stadt Ahwaz, Südwestiran, am Sonntag. Die Arbeiter verlangten ihre unbezahlten Löhne für die letzten sechs Monate.

Unter den Rufen "Tod der Ungerechtigkeit", begannen die Protestanten ihren Marsch vom Chahar-Shir Platz, durch geschäftige Innenstadtstraßen, zur Naderi Kreuzung.

Bürger dürfen Namen für ihre neugeborenen Babies nicht frei wählen

Das Mullah-Regime gewährt keine Wahlfreiheit, wenn es um die Namensgebung von Babies geht. Die Einmischung in die privatesten Angelegenheiten des Lebens der iranischen Bürger hat einen enormen Hass auf das klerikale Regime geschürt.

Mehr als 1500 Arbeiter von Zuckerrohrfabrik streikten

Mehr als 1500 Arbeiter der Zuckerrohrfabrik von Haft-Tapeh streikten am Donnerstag erneut im Zuge des bereits länger als ein Jahr andauernden Streits mit dem Fabrikmanagement über die Löhne, Shoosh im Südwesten.

Die Protestanten versammelten sich vor dem Managementbüro und forderten ihre unbezahlten Löhne und Gratifikationen. Die Teilnehmer forderten außerdem den Rücktritt des Geschäftsführers der Firma.

Gedankentag ist auch verboten

Am Freitag entsandte das Regime der Mullahs Tausende der SSF - Unterdrückungsapparat der Mullahs - um die Gedenkveranstaltung der Hinterbliebenen von Opfern des Massakers 1988 auf dem Khavaran Friedhof vor Teheran zu beenden. Zahlreiche Teilnehmer wurden verhaftet.

Al kaida veröffentlicht neues Video mit scharfer Kritik am Iran

Kurz vor dem Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001 hat das Netzwerk Al Kaida ein eineinhalbstündiges Video über seinen Kampf in der ganzen Welt veröffentlicht. In kurzen Auszügen, die vom arabischen Fernsehsender Al Dschasira gezeigt wurden, griff der Stellvertreter von El-Kaida-Chef Osama bin Laden, Ajman al Sawahri, den Iran scharf an. Teheran arbeite bei der Besetzung des Iraks und Afghanistans mit den Vereinigten Staaten zusammen und erkenne die Regierung dort an, sagte Sawahri.

Russland kündigt Fertigstellung des iranischen Kraftwerks an

Es dauert offenbar nicht mehr lang, bis es in Betrieb geht: Zum Ende des Jahres soll Irans erstes Atomkraftwerk so weit gebaut sein, dass es "kein Zurück" mehr gibt, wie das zuständige russische Unternehmen erklärt. Iran hat ihm dafür eine Milliardensumme gezahlt.

China, Iran und Thailand fotografieren Erde gemeinsam aus dem All

Eine chinesische Trägerrakete hat einen von China, Iran und Thailand gemeinsam entwickelten Satelliten ins All gebracht. „Der Satellit hat Kameras, um die Erdoberfläche zu fotografieren. Dann werden die Bilder auf die Erde übertragen“, sagte der iranische Minister für Telekommunikation, Mohammad Soleimani.

Iran wehrt sich gegen Ölpreis-Talfahrt

Der Iran hat vor einer weiteren Preis-Talfahrt beim Öl gewarnt. Wenn der Rohstoff noch billiger werde, schade dies den Produzenten, erklärte Ölminister Gholamhossein Nosari am Wochenende in Teheran. Iran wolle einen „fairen Preis“. Die Regierung in Teheran werde daher nicht akzeptieren, dass Öl künftig weniger als 100 Dollar kosten soll. Am Dienstag kommen die Vertreter der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) in Wien zusammen.

Eine Frau neue Botschafterin in Iran

Die 47-jährige Diplomatin Livia Leu Agosti wird neue Schweizer Botschafterin in Teheran. Sie werde Ende dieses Jahres Philippe Welti ablösen, sagte sie gegenüber der "SonntagsZeitung".

Die Spitzendiplomatin ist zurzeit Leiterin der Politischen Abteilung II im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern.

Kontroverse in Israel über Angriffspläne auf Iran

Der israelische Staatspräsident Shimon Peres hat Ministerpräsident Ehud Olmert vor einem militärischen Angriff auf iranische Atomanlagen gewarnt. Die könnte eine Ausweitung des Konflikts nach sich ziehen, sagte der Peres in einem Interview mit der britischen "Sunday Times". "Militärisch wird das Problem nicht gelöst werden können", betonte der 85-Jährige, der als Vater des israelischen Atomprogramms gilt.

Präsidentenwahl im Iran am 12. Juni 2009

Die iranische Führung hat den 12. Juni 2009 als Termin für die nächste Präsidentenwahl festgelegt. Es wird erwartet, dass sich Amtsinhaber Mahmud Ahmadinedschad dann um eine zweite Amtszeit bewerben wird. Der Termin für die zehnte Präsidentenwahl seit der Islamischen Revolution von 1979 wurde vom konservativen Wächterrat vorgeschlagen und vom Innenministerium so beschlossen, wie der staatliche Rundfunk am Sonntag meldete.

China ruft zu mehr Flexibilität im Atomstreit mit dem Iran auf

Derzeit gebe es eine seltene Chance zur Fortsetzung der Gespräche und zur friedlichen Beilegung des Konflikts, sagte Chinas Präsident Hu Jintao am Samstag nach einem Treffen mit seinem iranischen Kollegen Mahmud Ahmadinedschad. Alle Parteien sollten sich dessen bewusst sein und zur friedlichen Beilegung des Konflikts beitragen. Ahmadinedschad, der anlässlich der Eröffnung der Paralympics in die chinesische Hauptstadt gereist war, zeigte sich zugleich zuversichtlich, dass eine "für alle Seiten akzeptable Lösung" gefunden werden könne.

Islamische Republik droht Westen mit Gegenmaßnahmen

"Wir haben auf die Sanktionen einiger Staaten, die die Sprache der Gewalt bevorzugen, noch gar nicht reagiert", sagte Ahmadinedschad in einem Gespräch mit dem japanischen Fernsehsender NHK. Jegliche Sanktionen gegen Iran seien rechtswidrig. Jene Staaten, die die "rote Linie" übertreten, müssten mit iranischen Sanktionen rechnen.

Kontroverse um Vielehe

Gesetzentwurf sieht vor, dass die bisherige Zustimmung der ersten Ehefrau zu einer Vielehe nicht mehr nötig ist - Nach Protesten wurde die Abstimmung verschoben.

In der iranischen Gesellschaft hat ein Gesetzentwurf zur Vielehe eine Kontroverse ausgelöst, die das Parlament zur Vertagung der Initiative veranlasste. Obwohl nach islamischen Recht möglich, wird die Vielehe im Iran kaum praktiziert.

Russland hält trotz US-Kritik an Waffengeschäften mit Iran fest

Trotz US-Kritik wird Russland seine militärtechnische und Energiezusammenarbeit mit Iran nicht abbrechen.

Das sagte Michail Sawalij, Top-Manager des russischen staatlichen Waffenexporteurs Rosoboronexport.

Sarkozy warnt vor israelischem Angriff auf den Iran

Nicolas Sarkozy hat nach einer Meldung der Zeitung "Libération" seine Gesprächspartner in Damaskus auf die Möglichkeit eines israelischen Angriffs auf den Iran hingewiesen. Teheran wird verdächtigt, mit der Urananreicherung die Produktion von Atomwaffen vorzubereiten. Wegen eines technischen Fehlers hätten die Journalisten einen Teil von Sarkozys Äußerungen in einer Diskussion mit den Staatschefs Syriens, Katars und der Türkei hören können, berichtete die Pariser Zeitung.

Iran fordert Verbot des Anti-Islamisierungskongresses

Die iranische Regierung hat die französische EU-Ratspräsidentschaft aufgefordert, den für den 19. und 20. September in Köln geplanten Anti-Islamisierungskongreß zu verhindern.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf iranische Quellen berichtet, habe das iranische Außenministerium den französischen Gesandten zu einem Gespräch einbestellt, um Bedenken über eine „zunehmende Islam-Feindlichkeit“ zu äußern. Dieser habe jede Art von Rassismus verurteilt und versprochen, der Sache nachzugehen, hieß es weiter.

Russland und Armenien erwägen erneut Bau von Bahnstrecke nach Iran - „Wedomosti“

Eine Folge des jüngsten Kaukasus-Konfliktes könnte die Wiederbelebung der Idee sein, eine Bahnstrecke zwischen Iran und Armenien zu bauen, berichtet die Tageszeitung „Wedomosti“ in ihrer Mittwochs Ausgabe.

Iran verstärkt Kontrolle über die Hisbollah

Das iranische Regime verstärkt seine Kontrolle über die Hisbollah und hat eine Reihe von institutionellen Änderungen innerhalb der libanesischen Terrororganisation in Gang gesetzt. Demnach besitzt Scheich Hassan Nasrallah nicht mehr die exklusive Befehlsgewalt über den militärischen Flügel der Hisbollah, wie führende Offizielle israelischer Sicherheitsorgane jetzt enthüllten.
